

Vertragsergänzung zum Mindestlohngesetz für die Beauftragung von Subunternehmern, Nachunternehmern und Verleihunternehmern

Auftraggeber: **Schwarze ASC GmbH, Heinrich-Nordhoff-Ring 4, D-30826 Garbsen**

Auftragnehmer:

Am 1. Januar 2015 gilt das Mindestlohngesetz (MiLoG), welches einen gesetzlichen Mindestlohn vorsieht. Um dem MiLoG möglichst umfassende Wirkung zu verschaffen, ist in § 13 MiLoG die sogenannte Auftraggeberhaftung mit einer Verweisung auf § 14 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AentG) geregelt.

Danach haftet ein Unternehmer, der einen anderen Unternehmer mit der Erbringung von Wer- und/oder Dienstleistungen beauftragt, für die Verpflichtung dieses Unternehmers, eines Nachunternehmers oder einer vom Unternehmer oder Nachunternehmer beauftragten Verleihers zur Zahlung des Mindestlohns an Beschäftigte nach § 1 Abs. 1 MiLoG.

Verpflichtungserklärung

Wir als Auftragnehmer verpflichten uns gegenüber Ihnen als Auftraggeber, die gesetzlichen Vorgaben zum Mindestlohn gemäß MiLoG stets einzuhalten und sämtlichen in der Umsetzung der vertraglichen Beziehung eingesetzten Beschäftigten das jeweils gültige Mindestentgelt zu gewähren und zu zahlen. Wir als Auftragnehmer verpflichten uns darüber hinaus, beauftragte Nachunternehmer und Verleiher ebenfalls die in dieser Erklärung enthaltenen Verpflichtungen aufzuerlegen und deren Einhaltung zu überwachen. Wir verpflichten uns weiterhin, für die Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern, die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.

Freistellungserklärung

Für den Fall einer Inanspruchnahme, die sich aus einem Verstoß gegen die oben genannte Verpflichtungserklärung ergibt, verpflichten wir uns, Sie als Auftraggeber in vollem Umfang von Ansprüchen Dritter freizustellen und Ihnen sämtliche Kosten einer Rechtsverteidigung zu erstatten sowie jeden weiteren durch die Inanspruchnahme entstandenen Schaden zu ersetzen.

Wir verpflichten uns auch, unbegründete Ansprüche Dritter im Hinblick auf die oben genannten Rechte abzuwehren.

Verweigern wir die Freistellung und überlassen wir damit Ihnen die Entscheidung darüber, ob dem Dritten Ansprüche zustehen, so haben wir Ihnen die durch diese Entscheidung entstehenden Kosten zu ersetzen.

Stempel

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift